

# „Westdeutschland verdient heute an der Einheit“

Im Streit über den Solidarpakt fordert der Ökonom eine radikale Abkehr von der Förderpolitik für den Osten nach dem Gießkannenprinzip.

**Herr Blum, führt der Aufbau Ost zum Abbau West?**

Nein. Aber seit Ende der neunziger Jahre stagniert das Wachstum im Osten trotz erheblicher Förderung. Die Produktivität der neuen Länder liegt heute ziemlich stabil bei 80 Prozent des Westniveaus, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner beträgt rund 70 Prozent. Das wird sich nicht mehr groß ändern – wenn wir weitermachen wie bisher.

**Das heißt, mehr Geld für den Osten ist sinnlos?**

Halt, da muss man unterscheiden. Es gibt ländliche Gegenden wie die Uckermark in Brandenburg, die heute schon mit ländlichen Gegenden in Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz vergleichbar sind. Dagegen haben die erfolgreichsten Städte im Osten wie Potsdam, Jena oder Dresden gegenüber Referenzstädten im Westen nicht aufgeholt, im Gegenteil, sie haben noch immer den größten Abstand. Düsseldorf etwa nimmt heute ein Vielfaches an Steuern ein wie das etwa gleich große Dresden. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es diese Städte bereits geschafft hätten, nur weil die Fassaden glänzen oder sie erfolgreiche Technologie- und Wirtschaftszentren sind.

**Was sind die Gründe dafür?**

Fehlende Unternehmenssitze, damit fehlen vor allem Mitarbeiter mit hohen Löhnen, was zu weniger Kaufkraft und Steuern führt. West-Kommunen können im Durchschnitt 40 Prozent ihres Haushalts aus eigenen Steuern decken, Ost-Kommunen gerade mal ein Viertel. Selbst die ärmste Ruhrgebietskommune nimmt im Schnitt mehr Steuern ein als die erfolgreichste Stadt im Osten.

**Ist das nach einem Umbruch wie 1989 nicht zwangsläufig?**

Nicht unbedingt. Hätte die Treuhänder bei der Privatisierung der großen Kombinate nicht zugleich die innerostdeutschen Lieferverflechtungen zerstört, wäre die Lage heute eine andere. So aber existieren heute im Osten eine überwiegend kleinteilige und zulieferorientierte Industrie sowie verlängerte Werkbänke internationaler Unternehmen. Es gibt hier keine

einzig Führungszentrale eines Konzerns oder eines großen Dax-Unternehmens. Diese Zentralen machen aber gut ein Drittel der Wertschöpfung aus, weil dort Forscher, Entwickler und Manager mit hohen Löhnen arbeiten.

**Nun sind nach dem Krieg viele Konzernzentralen vom Osten in den Westen gewandert. Die wird man kaum zurückholen können.**

Ja, das ist vorbei, das ist das Erbe des Kommunismus. Aber es ist ein Problem, dass im Osten produzierte Waren über West-Konzernzentralen abgerechnet werden, die dann auch im Westen ihre Steuern zahlen. Ein Beispiel: In Mosel bei Zwickau befindet sich das produktivste deutsche Werk des VW-Konzerns. Die dort hergestellten Autos aber werden über Wolfsburg abgerechnet. Die Gewerbesteuer wird zwar nach Lohnanteilen auf die Standorte verteilt. Da aber wegen der hohen Produktivität in Zwickau viel weniger Leute arbeiten als am Konzernsitz, wo zudem die gutverdienenden Entwickler und Manager ihren Arbeitsplatz haben, bleibt der Löwenanteil in Wolfsburg.

**Also brauchen wir eine Steuerreform?**

Das System muss grundlegend verändert werden. Nehmen Sie die Erbschaftsteuer, da nimmt der Osten heute fünf Euro, der Westen jedoch 55 Euro je Einwohner ein. Die Schere wird sich in den kommenden Jahren noch weiter öffnen, weil große Teile Ostdeutschlands im Westen vererbt werden und die Erbschaftsteuer am Wohnort des Erbenden anfällt. Das ist absurd.

**Insofern ist der Solidarpakt eine Art Ausgleich für die ungerechte Steuerverteilung?**

Ja, in erheblichen Teilen. Zudem werden die Transferzahlungen längst kompensiert. Rund die Hälfte davon tragen die Ostdeutschen, die im Westen arbeiten, mit ihren Steuern und Sozialabgaben selbst. Die andere Hälfte wird durch das zusätzliche Wachstum im Westen generiert, denn westdeutsche Unternehmen verkaufen im Osten wesentlich mehr als umgekehrt. (West-)Deutschland verdient heute an der Einheit.

**Doch selbst wenn dem Osten mit einem reformierten Steuersystem mehr Geld bliebe, behebt das nicht die wirtschaftliche Schwäche.**

Deshalb braucht der Osten keine verlängerten Werkbänke mehr, sondern andere Unternehmen. Es gibt vor allem in Sachsen

und Thüringen einen soliden Mittelstand, aus dem in den nächsten Jahren Champions hervorgehen könnten. Ähnlich wie bei SAP, das auch innerhalb einer Generation ein Weltkonzern wurde. Das Problem

Länder



Ulrich Blum

Foto ddp

## Umkehrprediger

Ulrich Blum war bis Ende 2011 Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Sein Institut erarbeitete federführend gemeinsam mit fünf weiteren Forschungseinrichtungen eine Studie, in der die baldige Angleichung der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands an den Westen als Illusion bezeichnet wird. So sollte weniger mit der Gießkanne als vielmehr gezielt Regionen in ganz Deutschland gefördert werden. Die Bundesregierung hielt die Studie mehr als ein Jahr lang unter Verschluss. Offiziell hieß es, sie enthalte Meinungsunterschiede, die noch erörtert werden müssten. Kurz nach Übergabe der Studie wurde der 58 Jahre alte Blum gedrängt, seinen Posten am IWH aufzugeben. Er arbeitet heute als Professor für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. (lock.)



ist: Sobald das Potential dieser Firmen erkennbar wird, werden sie aufgekauft, vor allem von den Großen aus dem Westen, die für Investitionen auch noch Fördergeld bekommen. Bosch etwa hat sich in den vergangenen Jahren zahlreiche solcher Firmen gesichert und deren Forschungsabteilungen teilweise in den Westen verlagert. So geht die mit viel Geld geförderte Ost-Wirtschaft in West-Besitz über, und der Osten kommt nicht auf die Beine.

*Also muss künftig anders gefördert werden?*

Genau das fordern wir in dem sogenannten Geheimgutachten, dass die Bundesregierung lange unter Verschluss gehalten hat. Wir müssen weg von der Förderung mit der Gießkanne und nach Himmelsrichtung. Wir müssen Ballungszentren mehr fördern und endlich den Mut haben, Unternehmen so zu unterstützen, dass sie auch im Osten groß werden sowie im Ausland Töchter aufbauen, zukaufen oder fusionieren können. Eine solche Politik war die Basis des unglaublichen Internationalisierungserfolgs etwa des württembergischen Mittelstandes in den siebziger und achtziger Jahren. Darüber hinaus müssen wir endlich einsehen, dass auch der Westen Hilfe braucht und wir nicht nur ein West-Ost-Gefälle, sondern eine wachsende Ungleichheit zwischen Nord und Süd haben.

*Warum bekennt sich die Bundesregierung nicht dazu?*

Es gibt im großen Teich der Ost-Förderung viele Fische, die sich mästen, darunter auch ganze Abteilungen in den Ministerien von Bund und Ländern. Wenn dort Veränderung droht, wie es unser Gutachten empfiehlt, hält man es lieber zurück. Ein solcher Umgang mit der Wissenschaft aber ist nicht nur respektlos, sondern auch sauteuer.

*Großunternehmen und Ballungszentren zu fördern heißt aber auch, Geld woanders wegzunehmen.*

Natürlich. Aber wenn Sie im Westen München, Frankfurt, Köln, Hamburg oder Stuttgart von der Landkarte nehmen, sinkt die durchschnittliche Wirtschaftskraft dort um zehn bis 15 Prozent, also etwa auf das heute im Osten erreichte Niveau. Deshalb benötigen erfolversprechende Firmen im Osten Hilfe beim Wachstum und bei der internationalen Einbindung, so dass dort schlagkräftige Führungszentralen entstehen, Löhne und Kaufkraft steigen, Regionen attraktiv werden und die Steuerlücke zum Westen schmilzt.

Die Fragen stellte **Stefan Locke**.